

Nachdem nun aufgezeigt wurde, was Soziale Arbeit dazu zwingt politisch zu agieren, soll es im Folgenden darum gehen, wo sich konkrete Hinweise finden, dass Soziale Arbeit, gerade auch im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe politisch ist und es sich hier nicht um eine Kann-Frage handelt, sondern um sozialarbeiterische Realität.

HINWEISE AUF DAS POLITISCHE UND VERPFLICHTUNGEN AN UND IN DER SOZIALEN ARBEIT **(Christiane Löffler)**

2. Teil des Vortrages „ Soziale Arbeit muss nicht politisch sein“ Björn Redmann und Christiane Löffler (Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit Dresden) / LAK MJA Sachsen e.V., mja politisiert... Fachtag und Mitgliederversammlung, 29.06.2011

Immer wieder ist die Rede von einer strukturellen Entpolitisierung Sozialer Arbeit und der logischerweise darauf folgenden Forderung nach Repolitisierung. Immer wieder wird über Funktionsbestimmungen innerhalb der Sozialen Arbeit und die Frage, ob diese einen politischen Auftrag hat oder nicht debattiert. Ob nun politisches Mandat oder politische Produktivität - neben diesen (In)Fragestellungen und Begriffsdiskussionen existieren zahlreiche Hinweise, dass wir unumgänglich politisch sind und eine Verantwortung haben uns dieses Auftrages anzunehmen. Wie auch immer wir es schlussendlich nennen.

Wir sind uns einig, dass Soziale Arbeit auf Werte wie Menschenwürde, Freiheit, Gleichberechtigung und Beteiligungsprinzipien gründen sollte – vor allem in einem demokratischen sozialen Rechtsstaat, der, nebenbei bemerkt, in Anbetracht der aktuellen Widrigkeiten zu verteidigen ist. Soziale Arbeit hat dahingehend auch eindeutige **rechtliche Verankerungen**, die eine (Um)Gestaltung bestehender Verhältnisse notwendig machen und auch begründen. Als grundlegend für die sozialarbeiterische Praxis können neben dem Grundgesetz der BRD die UN- Menschenrechts- und Kinderrechtskonvention, und für die Jugendarbeit im Besonderen das KJHG gesehen werden. Menschenrechte ebenso wie die Rechte auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und Beteiligung sind verbindlich und zu gewährleisten. Das ist eine Tatsache, die, ob sie nun aktuell immer ausgefüllt wird oder nicht, Geltung hat. Dementsprechend ist auch Soziale Arbeit im Besonderen verpflichtet diese Rechte zu schützen. Und das geht bekanntermaßen nicht ohne Einmischung.

Im KJHG §1 Abs. 1 heißt es, dass jeder junge Mensch das Recht auf Förderung seiner Entwicklung hat. Abs. 3 fordert die Jugendhilfe unmissverständlich auf dies zu fördern und insbesondere Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen, das Wohl von Jungen und Mädchen zu schützen und dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und deren Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen. Dies ist ein gesetzlicher Auftrag, der eine eindeutige gesellschaftliche und politische Dimension inne hat, da gesunde und förderliche Aufwuchsbedingungen eben nur in der Auseinandersetzung mit Entscheidungsinstanzen und damit mit Politik geschaffen und erhalten werden können – Gerade in Zeiten in der Individualisierung gesellschaftlicher Problemlagen.

Weiterhin muss festgestellt werden, dass es eine **fachliche Einigung** auf eine gesellschaftliche und damit politische Einmischung von Sozialer Arbeit gibt.

Auch, wenn der DBSH als Berufsverband und Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation aktuell nicht unumstritten ist, legt er dennoch anerkannte Kriterien und berufsethische Prinzipien für die Soziale

Arbeit fest. Auf die Frage was Soziale Arbeit eigentlich ist antworten DBSH und IFSW: „Soziale Arbeit als Beruf fördert den sozialen Wandel und die Lösung von Problemen in zwischenmenschlichen Beziehungen, und sie befähigt die Menschen, in freier Entscheidung ihr Leben besser zu gestalten.“¹ In den berufsethischen Prinzipien wird unter anderem festgestellt, das Sozialarbeitende den „beruflichen Auftrag, die strukturell bedingten Ursachen sozialer Not zu entdecken, öffentlich zu machen und zu bekämpfen.“² hat. Weiterhin sind Sozialarbeitende angehalten „politische Prozesse in Gang zu bringen, mitzugestalten, sowie die hierfür benötigten Kräfte zu mobilisieren“³ Ebenso wird eine Stärkung von Zivilgesellschaft und bürgerlichem Engagement durch Soziale Arbeit gefordert und gerade hier bewegen wir uns ganz automatisch im Kontext von Demokratisierungsprozessen und damit im politischen Raum des Gemeinwesens. Eine weitere Grundlage einer professionellen Sozialen Arbeit ist der Qualifikationsrahmen den der Fachbereichstag Soziale Arbeit (FBTS) festlegt. Dieser richtete bereits 1995 den Fachausschuss „Theorie und Wissenschaftsentwicklung“ ein, welcher feststellte: „Der Gegenstand Sozialer Arbeit ist die Bearbeitung von gesellschaftlich und professionell relevanten Problemlagen.“⁴ Wie viele andere SozialwissenschaftlerInnen, welche die Definitionsdebatten von Sozialer Arbeit prägen stellt auch Silvia-Staub-Bernasconi fest, dass Soziale Arbeit eine Profession ist, welche sozialen Wandel, Konfliktlösungen in menschlichen Beziehungen sowie die Ermächtigung und Befreiung von Menschen befördert.⁵ Auch Thiersch, „Vater“ der lebensweltorientierten Sozialen Arbeit spricht von dieser als „Neugestalterin des Sozialen“, die es sich kritisch zur Aufgabe macht im Sinne von Gerechtigkeit, Gleichheit, Toleranz und Solidarität zu agieren und so zu sein.⁶ In allen Positionen wird eines deutlich: Einmischung und Gestaltung in gesellschaftlichen Wandel und politische Prozesse ist Pflicht und impliziter Bestandteil der Profession.

Weiter ist eine politische Prägung auch aufgrund der **Entstehungsgeschichte** Sozialer Arbeit nur logisch. Denn: „professionelle Soziale Arbeit (ist) aus sozialen Bewegungen (Anm. der Autorin: Und damit politischen Bewegungen) mit selbstdefinierten Bedürfnissen, Zielen und Forderungen, Anrechten und Aufträgen, nämlich der Frauen-, Friedens- und sozialreformerischen Settlementbewegung, und nicht etwa aus staatlichen, juristischen Vorgaben oder verwaltungstechnischen Dekreten und Mandaten hervorgegangen“⁷ (nach Sachße 1986; Müller C.W. 1988; Levi Simon 1994; Staub-Bernasconi 1995). Bedeutsam ist hier auch die Arbeiterbewegung in Zeiten der kapitalistischen Industrialisierung und die damit einhergehende, strukturelle „Soziale Frage“. Infolge dieser historischen Entwicklung bemerkt Mechthild Seithe, dass **Soziale Arbeit als Teil der aktuellen Sozialpolitik** gesehen werden kann und immer eng mit herrschender Politik verbunden ist. Weiter sei Soziale Arbeit von sich aus eine treibende Kraft für menschenwürdigere sozialpolitische Perspektiven in der Gesellschaft, auch wenn diese selber

¹ <http://www.dbsh.de/html/wasistsozialarbeit.html>

² <http://www.dbsh.de/BerufsethischePrinzipien.pdf>

³ <http://www.dbsh.de/BerufsethischePrinzipien.pdf>

⁴ Klüsche, Wilhelm (Hrsg.): Ein Stück weitergedacht Beiträge zur Theorie und Wissenschaftsentwicklung der Sozialen Arbeit. Freiburg/Breisgau: Lambertus 1999, S. 23

⁵ vgl. Staub-Bernasconi, Silvia: Soziale Arbeit als (eine) „Menschenrechtsprofession“. In: Sorg, Richard (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft. Münster, Hamburg, Berlin, London 2003

⁶ vgl. Thiersch, Hans (2002a). Positionsbestimmungen der Sozialen Arbeit. Gesellschaftspolitik, Theorie und Ausbildung. Weinheim/München: Juventa.

⁷ <http://www.sw.fh-koeln.de/akjm/iks/dl/ssb.pdf>

solchen Perspektiven gegenüber abgeneigt oder zögerlich agiert. Dahingehend stellt Seithe fest, dass Soziale Arbeit die Möglichkeit hat sich einer herrschenden, Menschen verachtenden Politik zu verweigern.⁸

Soziale Arbeit ist also seit jeher, wenn auch teilweise in ambivalenten und widersprüchlichen Verhältnissen konstitutiver Bestandteil von Sozialpolitik⁹ und hat damit natürlich auch eine politische Verantwortung, gerade, wenn wir uns als ebenbürtige Menschen vom Fach verstehen, die aufgrund ihres professionellen Kontextwissens selbstverständlich das Recht und die Pflicht haben in politischen Diskursen mitzureden.

Schlussendlich gibt es auch ganz **praktische Hinweise** für eine politische Verantwortung Sozialer Arbeit. So ist die Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses, in dem stimmberechtigte Mitglieder Akteure und Akteurinnen der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe sind, ein strukturelles Merkmal, dass Soziale Arbeit ganz praktisch politische Entscheidungen trifft und an Planungsprozessen beteiligt ist. Auch die Interessenvertretung in Gremien und Arbeitskreisen ist ein Indiz für stattfindendes politisches Engagement und dessen Notwendigkeit.

Letztendlich muss auch ein Blick auf die Zielgruppe – gerade von Jugendarbeit – geworfen werden. **Jugendliche sind politisch** und bringen politische Fragen und Ängste mit, gerade, wenn es um Zukunftsaussichten auf die eigene Existenz geht. Zum Thema Ängste wurde bereits einiges gesagt. Auch zum Thema Bildungshintergrund und Milieus. Die SHELL- Jugendstudie 2010 zeigt weiterhin deutlich, dass die Jugend an sich wieder politischer wird. Bei den 12- bis 14- Jährigen ist das politische Interesse von 11% (2002) auf 21% angestiegen. Bei den 15- bis 17- Jährigen sind waren es 2002 20% Aktuell 33%. Was das Vertrauen in Bundesregierung und Parteien angeht scheint dieses eher gering zu sein. 77% aller jungen Menschen würden sich an Unterschriftenaktionen beteiligen und immerhin 44% an Demonstrationen teilnehmen.¹⁰

Damit ist klar, dass auch wir politisch agieren müssen, um den Themen junger Menschen gerecht zu werden. Auch dort wo Parteilichkeit eine Rolle spielt, müssen sich Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen einmischen. Politisch aktiv werden müssen wir aber nicht nur in anwaltschaftlichem Interesse für und mit AdressInnen sondern auch im Sinne eigener Interessen und Haltungen.

Zum Abschluss eine persönliche Bemerkung: Gezeigt wurden Hinweise auf eine politische Praxis, die zum einen notwendig ist und zum anderen auch nicht anders funktionieren kann. Letztendlich glaube ich, dass jeder sich einmischen kann und Grenzen ziehen kann, wo Ansprüche an eine qualitativ gesicherte Soziale Arbeit zu kippen drohen. Mir ist auch bewusst, dass dies mit Mut und natürlich auch Risiken einhergeht. Ich denke aber, dass ein manchmal aufkommendes Gefühl der Ohnmacht keinesfalls ein Indiz für eine tatsächliche Machtlosigkeit ist.

Erklärungen:

SHELL- JUGENDSTUDIE:

⁸ vgl. http://www.sw.fh-jena.de/dat/ringvorlesung2011/Ringvorlesung_2011_M_Seithe_Vortrag_-_Zur_Begruendung_einer_Repolitisierung_Sozialer_Arbeit.pdf

⁹ Frank Bettinger: Soziale Arbeit und Sozialpolitik. IN: Werner Thole (Hrsg.): Grundriss Soziale Arbeit. (VS Verlag) 2010

¹⁰ http://www.shell.de/home/content/deu/aboutshell/our_commitment/shell_youth_study/2010/politics/

stützt sich auf eine repräsentativ zusammengesetzte Stichprobe von 2.604 Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren aus den alten und neuen Bundesländern, die von geschulten Infratest-Interviewern zu ihrer Lebenssituation und zu ihren Einstellungen und Orientierungen persönlich befragt wurden. Die Erhebung fand auf Grundlage eines standardisierten Fragebogens im Zeitraum von Mitte Januar bis Ende Februar 2010 statt. Im Rahmen der qualitativen Vertiefungsstudie wurden 20 Fallstudien auf der Basis von explorativen Interviews mit Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren durchgeführt.

Settlement-Bewegung ist die Bezeichnung für eine sozialreformerische Strategie, die ihren Ausgangspunkt mit der 1884 eröffneten [Toynbee Hall](#) in London hatte. Die *Settlement-Bewegung* gilt als historische Basis [Gemeinwesenarbeit](#).

Angehörige gebildeter bürgerlicher Schichten siedelten in den Elendsvierteln des [Proletariats](#) und boten nachbarschaftliche Kontakte und Weiterbildungsmöglichkeiten an. Dadurch sollte das Selbsthilfepotential der Betroffenen gestärkt werden, was im Gegensatz zur bis dahin praktizierten Hilfe in Form von [Almosengeben](#) stand.

Pioniere der Settlement-Bewegung waren [Samuel Augustus Barnett](#), seine Ehefrau Henrietta sowie [Jane Adams](#).

1926 fand die erste internationale Konferenz der Bewegung statt, 1926 wurde eine internationale Organisation gegründet, die noch heute unter dem Namen *The International Federation of Settlements and Neighbourhood Centres* existiert

Die **Frauenbewegung** ist eine globale [soziale Bewegung](#), die sich für die [Rechte](#) von Frauen und die Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Stellung einsetzt.

Sie entstand im Zusammenhang mit den sozialen und erzieherischen Reformbewegungen des 19. Jahrhunderts in Westeuropa und breitete sich rasch in andere Länder aus. Wichtige Themen sind die [Gleichberechtigung](#) der Frau und die Neubewertung der tradierten

Friedensbewegung ANFÄNGE

so zur *American Peace Society* in [New York City](#) (1815), *London Peace Society* in [Großbritannien](#) (1816) und *Genfer Friedensgesellschaft* in der [Schweiz](#) (1830).